

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Hans Wallow MdB kommentiert die Wiedererrichtung des Wilhelm I.-Denkmals auf dem Deutschen Eck: Der Kaiser kommt zurück.

Seite 1

Dr. h.c. Annemarie Renger fordert die Europäer und Amerikaner auf, zum Gelingen des Friedensprozesses im Nahen Osten beizutragen: Den Menschen Zukunftschancen eröffnen.

Seite 2

Monika Griefahn MdB verlangt, das Drama um das Duale System in der Abfallwirtschaft zu beenden: Alle paar Monate wieder...

Seite 4

Dokumentation

Ökologische, nicht militärische Offensiven werden im Entwurf eines Antrags zum SPD-Parteitag von der Projektgruppe Internationale Politik verlangt.
Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 167

2. September 1993

Der Kaiser kommt zurück

Das Denkmal von Wilhelm I. wird auf dem Deutschen Eck wiederaufgestellt

Von Hans Wallow MdB

"Ein Faustschlag in Stein" war das Monstrum für Kurt Tucholsky. Er empfand: "Das Ding sah aus wie ein gigantischer Tortenaufsatz und repräsentiert jenes Deutschland, das am Krieg schuld gewesen ist." Gemeint war das martialische Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz, das jetzt nach dem Willen eines Zeitungsverlegers und der Stadtratsmehrheiten wieder errichtet wurde. Am heutigen Donnerstag ist es soweit: Der 45 Tonnen schwere Koloss erstrahlt in altem Glanz, das Symbol preußisch-monarchistischer Reichsseligkeit ersetzt die schwarzrotgoldene Flagge der Republik, ist das wiedererrichtete Monument der Beginn eines neuen Selbstbewußtseins der Deutschen im wiedervereinten Staat?

Die Amerikaner hatten den patriarchalischen Wilhelm Eins bei Kriegsende vom Sockel geschossen - ein Schuß mit Symbolcharakter, lag doch damals alles in Scherben, was dem wilhelminischen Reich und seinem unrühmlichen Erben als nationale Größe galt. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zeigte sich das Deutsche Eck als Mahnmal der Zerstörung und gleichzeitig als historisches Gewissen der jungen Republik. Entspringt die Ausstellung des neuen, alten Denkmals einem tieferliegenden Identitätsbedürfnis der deutschen Seele nach der 1945 erfolgten lautlos-geschmeidigen Anpassung an die demokratischen Ideale der westlichen Welt?

Die Rückkehr des Monarchen, der 1848 auf Demokraten schließen ließ, ist keineswegs nur ein isolierter Fehltritt unsensibler Provinzpolitiker. Landauf, landab erleben wir eine staatliche geförderte Renaissance sinnentleerten Preußentums, die sich weniger auf die Aufklärung des 18. Jahrhunderts als vielmehr auf die wilhelminisch-bismarcksche Prägung des nationalen Preußendeutschlands beruft. Im Umbenennungsfieber von Straßennamen zeigen sich die neuen Bundesländer: es strotzt nur so von Markgrafen und Kurfürsten; nicht nur Karl Marx mußte weichen, selbst Maxim Gorki wurde im Ostseebad Binz zugunsten von Bismarck vom Straßenschild verbannt. In Augustenburg im Erzgebirge hielt auch der Sozialdemokrat August Bebel den sächsischen Wiedertäufern nicht mehr stand: sie fanden den Potentaten August zeitgemäßer.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 1204-08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kundige Ökonomie
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Das sind recht harmlose Zeichen des derzeitigen Vergangenheitskultes; schlimmer sind die Mordbrenner und glatzköpfigen Extremisten, die mit der Reichskriegsflagge drapiert, grölend das Bild des häßlichen Deutschen aufleben lassen. Wir mögen uns jetzt noch weniger als früher. Der anständige Deutsche hat wieder einen Vorwand, die häßlichen Zuckungen im öffentlichen Leben zu verdrängen, um flugs seine Erfüllung in der privaten Idylle zu finden. Dieser nationale Masochismus und der wieder offen zur Schau getragene Nationalismus sind zwei Seiten ein und derselben Medaille: Ausdruck eines gestörten Selbstwertgefühls. Beides sind die Herausforderungen für die Demokraten. "... Nicht also, wir sind wieder wer. Sondern wer sind wir wieder?" fragt Fritz J. Raddatz.

Anfällig für die Rezepturen von gestern

Wirtschaftliche und soziale Krisensituationen scheinen mit dem Bedürfnis der Versenkung in die vermeintlich identitätsbildende Vergangenheit Hand in Hand zu gehen. Ein Kaiser Wilhelm macht noch keinen monarchistischen Trend, geschweige denn eine restaurative, nationalistische Politik. Aber es wird deutlich, daß ein Staat, der seinen aus unterschiedlichen Systemen und Lebenswelten stammenden Bürgern keine klare Identität vermitteln kann, anfällig für die Hinwendung zu den Rezepten von gestern ist, d.h. nationalstaatliches Einheitsdenken und sinnstiftender Mythos.

Demokraten dürfen nicht in lähmendem Staunen verharren. Wir gestalten den Staat, in dem wir leben. Der Wille zur Orientierung, zur politischen Arbeit, zur Gestaltung der Republik muß Wille der Bürger, nicht der Regierung sein. Wir Bundesbürger, bürgerlich, prosaisch und materialistisch, sollten akzeptieren, daß wir die Kinder Adolf Hitlers, Karl Marx' und Rosa Luxemburgs, Goethes und der preußischen Wilhelms sind. Zu unserer Geschichte gehören zwei Weltkriege, der Holocaust, die kommunistische Erziehungsdiktatur, die Ideologie des Kalten Krieges. Die historische Entwicklung hat unserem Land die Chance zu einer zivilen, auf Ausgleich angelegten Weltinnenpolitik eröffnet. Das ist nicht mehr als eine notwendige Konsequenz aus leidvoller Erfahrung. Die Rolle rückwärts in die Verklärung autoritärer Traditionen darf diese Erfahrung nicht auslöschen. Wir müssen ein neues Selbstverständnis entwickeln, das diese Erkenntnisse aufnimmt und die Lösung globaler Probleme ermöglicht.

Die alte Bundesrepublik stand für einen Verzicht auf nationalen Stärkekok. Wir sollten das beibehalten. Das demokratische Deutschland kann auf nationalen Kitsch wie in Koblenz verzichten. Denn: Man kann sich seine Geschichte nicht aussuchen, wohl aber die Tradition, in die man sich stellen will.

(-/2. September 1993/rs/ks)

Den Menschen im Nahen Osten Zukunftschancen eröffnen

Die Europäer und Amerikaner sollten zum Gelingen des Friedensprozesses beitragen

**Von Dr. h.c. Annemarie Renger
Bundestagspräsidentin a.D.**

Ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes in seiner israelisch-palästinensischen Dimension wird mit der jetzt bekannt gewordenen Konzeption einer Zwischenlösung (Gaza-Jericho-Plan) getan. Der politische Dialog, wie er zwischen Israel und Palästinensern geführt wurde, hat entscheidend dazu beigetragen, das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der Friedensabsichten des Gesprächspartners zu festigen. Nachdem bereits zwischen Israel und Ägypten ein Friedensvertrag besteht, ist nun Anlaß zur Hoffnung gegeben, daß auch das Problem der palästinensischen Araber auf zufriedenstellende Art und Weise geregelt werden kann.

Dreimal wurde Israel in seiner Existenz bedroht: 1948 nach Gründung des Staates durch Ben Gurion, 1967 und 1973, als wiederum arabische Truppen Israel erobern wollten. Im "Sechstage-Krieg" warfen die Israelis die Angreifer zurück und besetzten den Sinai, Ost-Jerusalem, das Westjordanland und die Golanhöhen. 1973 erfolgt am "Jom Kippur" noch einmal der Versuch der Rückeroberung dieser Gebiete durch arabische Truppen. Sie werden unter großen Opfern zurückgeschlagen. Jedes Gespräch zum Frieden war ausgeschlossen.

Durch die Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Carter kam dennoch das Camp-David-Abkommen zustande, in dessen Folge ein Vertrag mit Ägypten geschlossen wurde, der die Freigabe des Sinai beinhaltet und die Vorstellungen der autonomen Verwaltung der besetzten Gebiete. Der Sinai wurde vertragsgemäß zurückgegeben, aber unter der Regierung Begin wurde der Autonomieplan auf Eis gelegt.

Überzogene Gebietsansprüche, die das gesamte historische Gebiet "Erez Israel" betrafen, stärkten gleichzeitig die radikalen Palästinenser unter dem PLO-Führer Arafat in extremer Weise. Die PLO und die mit ihr zusammengeschlossenen Gruppen verbreiteten Tod und Schrecken überall dort, wo man glaubte, damit vor allem die westliche Welt erpressen zu können. Der meuchlerischen Ermordung der israelischen Olympiateilnehmer in München 1972 folgten viele weitere tödliche Anschläge. Sie machten auch vor eigenen Landsleuten nicht Halt, von denen sie annahmen, sie würden mit den Israelis kollaborieren. Die Vernichtung Israels war und ist noch bis heute in der Charta der Arabischen Liga festgelegt.

Nun kommt es entscheidend darauf an, daß die palästinensische Seite den eingeschlagenen Verhandlungsweg nicht verläßt, auch wenn fundamentalistischen Gruppen und Fraktionen, die sich einem politischen Dialog weiterhin verweigern und sich heute noch vehement gegen jeden Frieden mit dem jüdischen Staat aussprechen, mit Terror und Gewalt gegen die palästinensischen Verhandlungsführer drohen.

Aber in der Geschichte muß man einen langen Atem haben und zur richtigen Zeit das richtige Wort finden. Ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine friedliche Lösung des Nah-Ost-Problems wurde mit dem Gaza-Jericho-Plan eingeleitet. Die von der Arbeiterpartei, insbesondere von Shimon Peres ausgegebene Losung "Land für Frieden" hat ihre Früchte getragen.

Aber der entscheidende Dialog, der zwischen allen Arabern dieser Region geführt werden muß und der zur Sicherheit der Existenz Israels führt, steht noch bevor. Maximalvorstellungen aller Beteiligten haben keine Chance, dieses Ziel zu erreichen.

In dem jetzt angelaufenen Prozeß kommt es darauf an, daß weder die palästinensischen Verhandlungsführer denjenigen nachgibt, die als Fundamentalisten prinzipiell einen Frieden mit Israel ablehnen. Auf der israelischen Seite gilt es, den Zögernden und Rigoristen klarzumachen, daß nur auf dem jetzt eingeschlagenen Weg Frieden zu erreichen ist.

Der eingeleitete Friedensprozeß muß zur Folge haben, daß den Menschen in den besetzten Gebieten - und das gilt besonders für die jungen Palästinenser - die Chance zur Zukunft eröffnet wird. Israel ist reich an wirtschaftlichen, umweltpolitischen und entwicklungspolitischen Erfahrungen, die es weiterzugeben gilt. Den jungen Arabern müssen die Bildungswege und Ausbildungswege geöffnet werden, die wichtige Grundlagen der Selbstverwaltung und wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Diese ganze Region kann in ein blühendes Land verwandelt werden, indem die Erfahrungen und Hilfen vorwiegend der Europäer und Amerikaner angetan sind, den Abstand zwischen den Armen und Reichen zu verringern. Israel und die arabischen Staaten liegen vor unserer Haustür. Wir, und insbesondere die Europäische Gemeinschaft, können dazu beitragen, daß wir mit Israel und den arabischen Staaten gute Nachbarn sind.

(-/2. September 1993/rs/ks)

Alle paar Monate wieder...
Das Drama um das Duale System muß ein Ende finden

Von **Manika Griefahn MdB**
Umweltpolitische Sprecherin in der SPD-Projektgruppe "Regierungsprogramm '94"
Niedersächsische Umweltministerin

Der wieder einmal bevorstehende Zusammenbruch des Dualen Systems zeigt, daß die Wirtschaft nicht gewillt und nicht in der Lage ist, die Verpackungsluft wirklich einzudämmen. Immer wieder haben Handel, Abfüller und Verpackungshersteller versichert, die Verantwortung für die von ihnen in den Verkehr gebrachten Verpackungen zu übernehmen und eine umweltgerechte Entsorgung zu gewährleisten. Nur unter dieser Voraussetzung ist bisher von der Einführung einer umfassenden Rücknahme- und Verwertungspflicht abgesehen werden. Unsere Bedenken dagegen haben sich nun voll bestätigt: Alle paar Monate gerät das DSD wegen der mangelnden Bereitschaft ganzer Industriezweige, sich an dem System zu beteiligen, in die Schlagzeilen.

Bundesumweltminister Töpfer muß endlich einsehen, daß sein Konzept der Abfallverschlebung gescheitert ist. Den Bürgerinnen und Bürgern und den für die Abfallentsorgung zuständigen Städten und Landkreisen ist die fortwährende Unsicherheit über die Zukunft des Systems nicht mehr länger zuzumuten. Es müssen schleunigst Voraussetzungen für eine konsequente Abfallvermeidung geschaffen werden. Die Zeit ist überreif, mit der Produktverantwortung der betroffenen Wirtschaft ernst zu machen und weitestgehend Mehrwegsysteme einzuführen.

Eine staatliche Unterstützung des Dualen Systems ist entschieden abzulehnen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlen schon seit zwei Jahren für den Grünen Punkt, ohne eine wirkliche Gegenleistung zu bekommen. Eine zusätzliche Belastung über Steuern ist nicht zu verantworten.

(-/2. September 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Wir brauchen ökologische, nicht militärische Offensiven

Perspektiven einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik wurden im Entwurf eines Antrages zum SPD-Parteitag von der Projektgruppe Internationale Politik formuliert. Wir dokumentieren das Eingangskapitel "Globale Herausforderungen und unsere Verantwortung".

Sozialdemokratische Außenpolitik verfolgt drei Kernziele: Frieden als gewaltfreie Regelung von Konflikten; Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung; Wohlstand auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Solidarität und dem von der Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung ausgearbeiteten Konzept einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung.

Dabei lassen wir uns von folgenden Prinzipien leiten: Kooperation, weil wir diese Ziele nur zusammen mit anderen erreichen können; Kompromißbereitschaft als die dafür notwendige Vor-

aussetzung sowie die offene Bestimmung eigener Interessen und die realistische Beschreibung eigener Möglichkeiten.

Auf der Grundlage dieser Ziele und Prinzipien stellen wir uns den neuen Herausforderungen und der Verantwortung, die die Vereinigung und die mit ihr verbundene Erlangung der vollen Souveränität Deutschlands, die Auflösung der Sowjetunion und das Ende des Ost-West-Konflikts mit sich bringen. Diese Entwicklungen haben die internationalen Beziehungen und insbesondere unseren Kontinent grundlegend verändert - mit großen Chancen, aber auch mit neuen Gefährdungen.

In einer zusammenwachsenden Welt darf sich unser Blick jedoch nicht nur auf Europa richten. Unsere Interessen und unsere Verantwortung erfordern auch wirksamere Antworten auf globale Herausforderungen wie den Abbau des Nord-Süd-Gefälles und den Schutz der Umwelt.

Die dramatischen Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa stellen eine Zeitenwende dar. Einerseits haben sie die Chance eröffnet, Frieden, Freiheit und Wohlstand auf Gesamteuropa auszudehnen, andererseits sind sie begleitet von Verarmung, Desorientierung und ethnisch-nationalen Konflikten, die blutige Auseinandersetzungen ausgelöst haben. Wenn es nicht gelingt, den grundlegenden Wandel sozial und demokratisch zu gestalten, drohen ein Rückfall in autoritäre Regime und eine sich verschärfende Neigung, Konflikte gewaltsam auszutragen.

Eine solche Entwicklung kann niemanden unberührt lassen, der sich wie wir Sozialdemokraten dem Prinzip der Solidarität verpflichtet fühlt. Auch unsere Stabilität wäre gefährdet, wenn die Reformprozesse scheiterten: Die Flucht- und Wanderungsbewegungen nach West-, Nord- und Südeuropa und insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland könnten dramatisch ansteigen; kriegerische Konflikte könnten übergreifen; unsere Umweltbelastung könnte zunehmen, weil eine gemeinsame Umweltpolitik nicht zustande kommt. Extrem unsichere Kernkraftwerke sind auch für uns eine unmittelbare Sicherheitsgefahr.

Diesen Gefährdungen stehen große Chancen gegenüber. Von der Erstarrung durch den Ost-West-Gegensatz befreit, können vielfältige Formen der gesamteuropäischen und regionalen Zusammenarbeit in Europa entstehen. Dafür tragen Deutschland und die übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft eine besondere Verantwortung.

Wir Sozialdemokraten wissen: Es kann nicht gutgehen, wenn es wenigen immer besser und vielen immer schlechter geht. Was für die Innenpolitik und Europa gilt, gilt deshalb auch für das Nord-Süd-Verhältnis: Die Kluft zwischen Arm und Reich muß verringert werden. Die Industrieländer können sich nicht auf eine "Insel der Seligen" retten. Ungebremstes Bevölkerungswachstum, Massenelend und gewaltsame Konflikte im Süden erreichen uns durch wachsenden Wanderungsdruck, durch Schädigung des weltweiten Bio-Systems und durch Aufrüstung. Im Fernseh-Zeitalter kann niemand mehr wegsehen. Globale Solidarität ist deshalb sowohl ein moralisches Gebot als auch eine Bedingung unserer Entwicklung.

Diese Solidarität muß auch unseren Nachkommen gelten. Auch nach dem Scheitern des Kommunismus darf die Produktions- und Lebensweise der Industrieländer mit ihrem verschwenderischen Energie- und Rohstoffverbrauch nicht zum globalen Leitbild werden. "Eine weltweite Kopie durch die Entwicklungsländer würde den ökologischen Kollaps nur beschleunigen." (Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages). Eine kleine Minderheit kann jedoch nicht beanspruchen, ihre Privilegien der großen Mehrheit dauerhaft vorzuenthalten. Deshalb und im Interesse unserer Nachkommen müssen wir die Herausforderungen annehmen, eine umwelt- und ressourcenschonende Produktions- und Lebensweise zu

entwickeln. Dies setzt positive Signale für die Länder des Südens und vermindert die Gefahr, daß Rohstofficherung mit militärischen Mitteln betrieben wird. Unser Planet braucht waltrelchende ökologische und keine militärischen Offensiven.

Auch aus diesem Grund setzen wir uns für verstärkte weltweite Abrüstung ein. Die Chance des Abbaus der Militärarsenale, die das Ende des Kalten Krieges eröffnet hat, muß konsequenter genutzt werden. Militärische Risikovorsorge ist nicht überflüssig geworden, aber Herausforderungen wie der globalen Verbreitung moderner Waffen und gewaltträchtigen Konflikten muß durch eine Politik begegnet werden, die ihre Ursachen beseitigt.

Ohne politische Stabilität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit können wir keinen wirksamen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen leisten. Deshalb ist für die SPD die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht allein eine Aufgabe, die der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit dient. Sie ist auch Grundlage einer zukunftsichernden Außenpolitik. Dies um so mehr, als Deutschland wie kaum ein anderes hochindustrialisiertes Land mit der Weltwirtschaft verflochten ist: Jede dritte Mark wird im Export verdient, jeder dritte Arbeitsplatz hängt davon ab. Das zeigt: So wie wir Sicherheit nur gemeinsam mit anderen erreichen können, so hängt unser Wohlstand davon ab, daß es auch anderen gutgeht.

Die globalen Herausforderungen bergen Gefährdungen und Chancen: Wir wollen die Chancen entschlossen nutzen und den Gefährdungen wirksam begegnen. Wir tun dies in dem Bewußtsein der Verantwortung für die Eine Welt und in dem Bestreben, zusammen mit anderen schrittweise die Elemente einer Weltinnenpolitik zu entwickeln. Als ein solches Element sehen wir die Entwicklung regionaler Kooperationsräume, die miteinander vernetzt sind. Dazu muß mit anderen Kulturen und Religionen ein offener und vorurteilsfreier Dialog über universale Werte, gemeinsame Interessen und Instrumente geführt werden. Dabei darf der Islam nicht zu einem neuen Feindbild werden.

Die deutsche Vereinigung hat unsere Handlungsmöglichkeiten erweitert. Die mit ihr verbundenen Aufwendungen zur Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands setzen uns allerdings auch deutliche Grenzen. Wir müssen auch deshalb Schwerpunkte unseres internationalen Engagements setzen. Diese sehen wir in der Förderung der Reformprozesse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa durch eine "Neue Ostpolitik", in der Umwelt- und Ressourcenpolitik und im Abbau des Nord-Süd-Gefälles. Dazu muß die Bundesrepublik Deutschland ihr Gewicht als ein reiches Industrieland einbringen.

Sozialdemokratische Außenpolitik steht unter dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Allen Plänen, mit der Bundeswehr eine interventionistische Politik zu verfolgen und Deutschland zu einer Militärmacht zu entwickeln, treten wir entschieden entgegen. Die SPD bleibt bei ihrer Tradition, unser Volk nicht in einen Krieg zu führen.

(-/2. September 1993/rs/ks)
